

## LESERBRIEFE

## Aus Verantwortung Nein

Selbstverständlich ist es reizvoll, Ja zu sagen, wenn jemand verspricht, jährlich gegen 10 Prozent mehr AHV-Rente ohne weitere Folgen zu erhalten. Man könnte schon fast meinen, für diese zusätzliche Rente werde einfach mehr Geld gedruckt und das wars dann. Aber weit gefehlt: Wir wissen seit Jahrzehnten, dass die Zukunft der AHV vor grossen Herausforderungen steht. Gleichzeitig dauern Reformen mittlerweile gegen 20 Jahre und mit dem Inkrafttreten müsste schon wieder gehandelt werden. Die Ideenbörse zur Sanierung ist vielfältig, aber die Massnahmen sind einfach: Entweder weniger (oder vielmehr Stabilisierung) Ausgaben oder

mehr Einnahmen bei der AHV. Mehreinnahmen gehen insbesondere zulasten der arbeitnehmenden Bevölkerung und damit auch der Jugend. Dieser Jugend will ich ermöglichen, dass auch sie künftig eine AHV erhält. Deshalb: Lieber in den kommenden Jahrzehnten 12 Mal eine AHV-Rente als nur wenige Jahre ein 13. Rente. Aus Lust würde ich Ja sagen zur 13. AHV-Rente. Aber aus staatspolitischer Verantwortung sage ich aber klar Nein zu dieser Mehrausgaben-Vorlage von jährlich über 4 Milliarden Franken.

Rico De Bona, a. Kantonsrat,  
a. Sozialvorsteher, 6015 Reussbühl

## Schweiz, EU, NATO und Krieg

Natürlich habe ich kleiner Bürger keinen echten Überblick. Aber eine Meinung! Haben Politiker wirklich den Überblick, oder doch auch nur eine Meinung? Die Schweiz hat eine andere Mentalität, daher auch eine andere Geschichte als alle EU-Mitgliedstaaten. Sind Bündnisse wirklich besser oder doch nur für den Notfall gut? Die Schweiz ist bezüglich ihres Wohlstandes und Sicherheit weit vorne in der Welttrangliste. Auch in vielen weiteren Kategorien ist sie unter den ersten 10 Plätzen positioniert! Unsere Welt ist schon länger und immer mehr globalisiert. Die Schweiz bewegt sich offenbar

sehr gesund und dynamisch darin. Sie braucht also keine EU. Und ja, wäre die NATO im Notfall auch unsere Rettung? Sind nicht auch da unsere Mentalität und Haltung die bessere «Verteidigung», als dies je eine Armee vermag? Ich wünsche sehr, dass ein international verurteilter Kriegs-Aggressor auch seines Amtes enthoben wird! Dies würde bald weltweit eine gute Wirkung zeigen und weitere mögliche Aggressoren zurückhalten. Doch jetzt scheinen viele mehr ihre Machtgelüste ausleben zu wollen, wie in einem Domino.

Franz Vogel, Grosswangen

## Thema «Beurteilung» bewegt

**BILDUNG** Schulleitende, Lehr- und Fachpersonen, Vertretungen von Wirtschaft und Gewerbe, abnehmende Schulen, Wissenschaft, Politik und Partnerverbände trafen sich am vergangenen Samstag im Campus Sursee zur Zukunftskonferenz zum Thema «Beurteilung bewegt».

Ziel der Konferenz war, die Meinungen und Bedürfnisse der vielen Akteure rund um die Luzerner Volksschule einzuholen und damit Inputs für die Überprüfung des Beurteilungssystems zu erhalten.

Bildungsdirektor Armin Hartmann eröffnete die von über hundert Personen besuchte Konferenz und stellte einen spannenden Tag zu einem emotionalen und bewegenden Thema in Aussicht. Gleich zu Beginn hielt er fest: «Die Überprüfung der aktuellen Beurteilungspraxis erfolgt ergebnisoffen. Es gibt keine versteckte Agenda zum Abschaffen der Noten.» Ziel des Tages sei es, offen zu diskutieren und die Meinungen aller Beteiligten abzuholen. «Entscheide werden keine gefällt», so der Bildungsdirektor weiter.

Wie stark das Thema bewegt, zeigte sich rasch. Die Diskussionen in den verschiedenen Gruppen wurden sehr engagiert geführt. In einem ersten Schritt tauschten sich die Teilnehmenden über die Stärken und Schwächen des aktuellen Beurteilungssystems mit Noten aus. Besonders geschätzt wird von den meisten die Einfachheit und der verständliche Code, der via Noten



Engagierte Workshop-Diskussionen an der Zukunftskonferenz. Foto sk

vermittelt werden kann. Als Schwächen gelten bei den Konferenzteilnehmenden hingegen die Scheinsicherheit der Noten und die nicht immer gegebene Nachvollziehbarkeit. Zudem würden Noten wenig über die tatsächlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler aussagen.

Danach schilderten Schülerinnen und Schüler, ein Lehrbetrieb und ein Wissenschaftler ihre Sicht und schliesslich formulierten die Konferenzteilnehmenden mögliche Zukunftsvorstellungen.

Als zentrale Ergebnisse werden die folgenden drei Punkte in die weitere Bearbeitung einfließen:

1. Der Wunsch nach Fokussierung auf die Kompetenzen der Lernenden, beispielsweise anhand eines Rasters.

2. Der intensivere Austausch mit den Akteuren an den Nahtstellen zur Volksschule (Betriebe, Gymnasien etc.), mit den Eltern und der breiten Öffentlichkeit, damit eine gemeinsame Sprache gefunden und das Vertrauen in die Schule gestärkt wird.

3. Die Verhinderung von Wildwuchs und eine engere Begleitung bei alternativen Beurteilungsformen.

Die Ergebnisse der Zukunftskonferenz werden nun im Detail ausgewertet. Soweit sie dem Projektauftrag entsprechen, werden sie im Rahmen des Entwicklungsvorhabens «Schulen für alle» weiterbearbeitet. Über den weiteren Projektfortschritt wird regelmässig informiert. Finale Instanz für die Entscheidungen ist der Regierungsrat. sk

## Wachstum: Was heisst Lebensqualität?

Seit Jahren sucht unser Gemeinderat das Wohl der Gemeinde im Wachstum. Es soll unsere Finanzprobleme durch mehr Steuereinnahmen lösen. Ich weiss nicht, wo sich unsere Lokalpolitiker weiterbilden. Aber eines dürfte klar sein, diese Menschen haben weder von Wirtschaftswissenschaft noch von politischer Ökonomie je etwas gehört.

Damit Wachstum Sinn ergibt, muss erstens eine Wachstumsstrategie erarbeitet werden. Anschliessend muss unweigerlich die Frage nach der Wachstumsfinanzierung geklärt sein. Denn eines ist klar: Wachstum kostet immer Geld!

Es wäre schön, wenn die Gemeindepolitiker als Grundlage die Frage «Wachstum oder Profitabilität?» klären würden.

Die momentan für den Raum Reiden und Wikon zur Diskussion stehende

Raumplanungsänderung zielt einzig und allein darauf ab, dass der Kanton Luzern das untere Wiggertal zum Industrie- und Logistik-Hotspot machen will. Hierfür verpackt er einige Planungs- und Entscheidungsgrundlagen, welche die direkte Demokratie aushebeln und somit den Einfluss der betroffenen Bevölkerung schwinden lassen.

Unsere Damen und Herren Gemeinderäte und Kadermitarbeitende sind seit Jahren nicht in der Lage, unsere Standortattraktivität und -vorteile zu erkennen, geschweige zu vermarkten. Anstelle des Bezugs von kostspieligen externen Beratern könnte man beispielsweise mit einem World-Café die Bevölkerung in den Gemeinde-Entwicklungsprozess miteinbeziehen. Ich bin überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger von Reiden einen Weg aufzeigen könnten, welcher den Fokus auf

nicht das «Mehr» sondern auf das «Besser» legen würden.

Dass Reiden verkehrstechnisch ideal gelegen ist (in gleicher Pendeldistanz von Basel, Bern, Luzern und Zürich), ist ein starkes Argument auch für die Ansiedlung von Firmen (etwa Dienstleistern, Erwachsenenbildung, etc.), die hohe Wertschöpfung leisten, jedoch ohne die Nachteile schwerverkehrintensiver Industrien. Für Privatpersonen, die in solchen Firmen gut bezahlte Jobs mit hohem Steuerertrag haben, wäre die günstige Verkehrs- und Lebensqualität ebenfalls attraktiv. Aber nur, wenn sie hier eine hohe Lebensqualität finden. Dies passt freilich kaum zu einem Logistik-Drehkreuz. Man muss dafür weitsichtig Grundvoraussetzungen schaffen.

Bruno Aecherli, IG Reiden

## Abstimmungsparolen der IHZ

**SOZIALVERSICHERUNGEN** Im Jahr 2024 stimmt die Schweizer Bevölkerung über drei Vorlagen zu Sozialversicherungsthemen ab. Der Vorstand der Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz (IHZ) hat für diese drei Vorlagen die Parolen gefasst.

Die Initiative für eine 13. AHV-Rente, über die am 3. März 2024 abgestimmt wird, verlangt eine zusätzliche Monatsrente für alle Rentenbezüglerinnen und -bezügler, was einer Rentenerhöhung von 8.3 Prozent entspricht. Da die Finanzierung der AHV bereits heute in Schwierigkeiten ist, spricht sich der IHZ-Vorstand einstimmig gegen die Vorlage aus. Um die Mehrausgaben finanzieren und die AHV stabilisieren zu können, müssten die Mehrwertsteuer sowie Lohnabgaben für die Bevölkerung drastisch steigen, schreibt die IHZ. Sie setzt sich für ein

deutliches Nein in der Zentralschweiz ein.

Das Schweizer Stimmvolk hat am gleichen Abstimmungstag die Möglichkeit, die AHV mit der Renteninitiative zu stabilisieren. Der IHZ spricht sich für die Initiative aus, die das Renteneintrittsalter bis 2032 auf 66 anheben und zudem an die Lebenserwartung knüpfen will.

Später im Jahr kommt eine wichtige Reform der zweiten Säule zur Abstimmung. Mit der BVG-Reform werden der Umwandlungssatz der wirtschaftlichen Realität angepasst und Personen in Teilzeit- und Niedriglohnarbeiten bessergestellt. Der IHZ-Vorstand beurteilt die Reform angesichts der demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen als dringend notwendig und empfiehlt deshalb ein Ja. pd/WB

## BRIEF

## aus dem Kantonsrat



Stephan Schärli  
Mitte, Menzberg

Ein neues Jahr: Was bringt uns das Jahr 2024? Was kommt auf uns zu? Das sind Fragen, die sich viele von uns immer wieder stellen. Bekommen wir eine Antwort? Können wir das kontrol-

## Im Moment leben

lieren? Nein, alles was wir können, ist im Moment leben und im Moment das steuern, was eben im Moment zu steuern ist. Sich für uns selbst und unsere Mitmenschen einsetzen, vertrauen, aber auch wissen, dass es kommt, wie

es kommen muss. In diesem Sinne wünsche ich ihnen allen ein wunderbares Jahr mit vielen Momenten im Jetzt.

Auch die Pause zwischen den Jahren in der Politik ist wieder vorüber. Am kommenden Montag und Dienstag, also am 29./30. Januar 2024, ist die erste Session im neuen Jahr. Aber erst ist die Fraktionssitzung der Mitte-Fraktion des Kantons Luzern am 24. Januar 2024. In dieser Sitzung werden die Geschäfte vorbesprochen und diskutiert. Ein grosses Geschäft aus Sicht der GASK (Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit) ist sicher die erste Beratung der Ausbildungsoffensive in der Pflege HF/FH; Entwurf Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung. Die Pflegeinitiative ist eine gute Sache. Wir dürfen aber nicht vergessen: Das ist eine Investition in die Zukunft. Wir müssen aber dringend auch im Jetzt etwas tun, sodass wir es

überhaupt in die Zukunft schaffen. Wir müssen gute Arbeitsbedingungen schaffen, wir müssen zu den Menschen, die wir in der Pflege und im Gesundheitswesen noch haben, gut schauen. Wir als Kanton und als Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen jetzt etwas tun und uns nicht hinter der Pflegeinitiative verstecken. Es braucht von beiden Seiten ein Aufeinanderzugehen von den Arbeitgebenden und von den Arbeitnehmenden. Es bringt überhaupt nichts, wenn neue Gesetze oder Vorschriften entstehen. Das Einzige, was dadurch ausgelöst wird, ist der Versuch, diese wieder zu umgehen. Lasst uns zusammen einen guten Weg gehen für einen wunderbaren Beruf, den wir immer brauchen werden.

Danke an die Menschen in diesen Berufen: «Ohne euch ginge nichts. Ihr seid unsagbar wichtig für diese Gesellschaft. Danke. Danke für jede liebevolle Geste, für jede Extra-Minute, für jedes

beherzte Eingreifen, für euer Wissen, für eure kräftezehrende, grossartige Arbeit und Professionalität.»

Auch die Steuern geben wieder zu reden. Sollen wir oder sollen wir nicht, das ist jetzt die Frage. Selbst der Finanzminister des französischen Königs Ludwig XIV., Jean Baptiste Colbert (1619-1683), wusste: «Steuern erheben ist die Kunst, die Gans so zu rupfen, dass man möglichst viele Federn mit möglichst wenig Gezische bekommt.» Darin liegt weitergedacht schon der Ansatz zum Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, auch wenn es dem französischen Finanzminister damals wohl eher darum ging, Steuern ohne grossen Widerstand einzutreiben. Seit jeher haben Steuern Einfluss auf den Gang der Geschichte. Auch das Schweizer Steuersystem ist ein historisch gewachsenes Gebilde, das sich immer wieder an die gesellschaftlichen Erfordernisse angepasst hat und dabei zunehmend har-

monisiert und zentralisiert wurde. Wir werden sehen.

Im Grossen und Ganzen haben wir aber mit 37 Traktanden eine überschaubare Traktandenliste. Im Verlaufe der Session ist auch noch die Wahl einer RichterIn oder eines Richters am Kantonsgericht Luzern für den Rest der Amtsdauer 2021-2025 (Nachfolge Kurt Weingand, SP) und Wahl einer Staatsanwältin oder eines Staatsanwalts für die Amtsdauer 2023-2026 (Nachfolge Stefan Ruesch, Die Mitte). Bei Wahlen werden immer die Liveübertragung abgeschaltet und die Türen geschlossen, jeder muss auf seinem Platz sitzen, wenn die Wahlzettel verteilt werden und bis zum Einsammeln sitzen bleiben. Dieser Prozess hat etwas Nostalgisches. Ich wünsche uns im Rat aber eine Session, die nicht durch Nostalgie geprägt ist, sondern durch Entschiede im Jetzt und das im Sinne des Ganzen und der Sache.